

An die
lokalen Medien

16.11.04

Transparenz in städtischen Gesellschaften

Presseerklärung

Die CDU interessiert sich für städtische Gesellschaften, die in einer bekanntermaßen schwierigen wirtschaftlichen Lage sind. SPD und GRÜNE fragen sich, warum die CDU die Notwendigkeit der Berichterstattung für die Geschäftsführungen des Klinikums und der Flughafen GmbH hervorhebt, die Konzerthausgesellschaft aber von dem Informationsbegehren ausnimmt. Wem es um Transparenz und Information geht, der sollte über den amtierenden Aufsichtsratsvorsitzenden Sauer wissen, dass auch das Konzerthaus keineswegs rosige Zeiten erlebt.

SPD und GRÜNE erwarten daher, dass auch Herr Vogt die Karten auf den Tisch des Gesellschafters legt, um den unnötigen und schädlichen Spekulationen über die angeblichen Absichten der rot-grünen Koalition, sowie speziell der zukünftigen Aufsichtsratsvorsitzenden ein Ende zu bereiten. Dies wird am ehesten durch eine vernünftige Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung im vergangenen Geschäftsjahr gewährleistet, aus der die von der Verwaltung schon angedeuteten Konsequenzen gezogen werden müssen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nehmen die von Materna, Sauer und anderen öffentlich geführte Debatte zum Anlaß, einige Klarstellungen in Bezug auf die zukünftige Aufgabenwahrnehmung im Aufsichtsrat der Konzerthaus GmbH und speziell als Aufsichtsratsvorsitzende vorzunehmen.

Wir wollen, dass der Aufsichtsrat in vollem Umfang über die jeweils aktuelle wirtschaftliche Situation des Konzerthauses informiert wird. Transparenz heißt in diesem Zusammenhang nicht nur, dass die Erlös- oder Verlustsituation kommuniziert wird. Der Intendant steht auch in der Pflicht aufzuzeigen, wie sich die Auslastung des Konzerthauses veranstaltungsscharf im Verhältnis zu den Ausgaben darstellt. Die Freiheit des Intendanten hat da seine Grenzen, wo die Defizite zu hoch werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legen großen Wert darauf, dass Dortmund auch in Zukunft ein hoch profiliertes Konzerthaus zu bieten hat. Dieser Anspruch kann nur realisiert werden, wenn durch ein professionelles Management gewährleistet ist, dass die durchschnittliche Auslastung des Konzerthauses ausreicht, um die Erlössituation zu stabilisieren.

Im übrigen wird die Behauptung, die GRÜNEN seien schon immer gegen das Konzerthaus gewesen, nicht durch ständige Wiederholung richtiger. Tatsächlich vertreten wir eine differenzierte Position: Ja zur Investition in das Brückstraßenviertel, nein zu einer unverträglich hohen Belastung des städtischen Haushalts. Ja zu einem hochwertigen kulturellen Angebot und nein zur persönlichen Profilierung über Programmangebote, die Verluste in die Höhe treiben. In diesem Sinne werden wir auch die Funktion des Aufsichtsratsvorsitzes wahrnehmen.